

**Rede des Premierministers des Großherzogtums Luxemburg
Jean-Claude Juncker beim „Erfurter Dialog“
am 15. Januar 2002 im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei**

„Die europäischen Institutionen und die Osterweiterung der EU“

Frau Landtagspräsidentin,
Herr Ministerpräsident,
meine sehr verehrten Kollegen aus Parlament und Regierung,
meine Damen und Herren!

Wie schon heute Mittag bei einem Vortrag an der Erfurter Universität, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass meine Reisen nach Erfurt die Republik regelmäßig erschüttern. Als ich letztes Mal in Erfurt redete - Sie können sich daran erinnern, Herr Kollege Vogel - ist während meiner Rede Oskar Lafontaine zurückgetreten. An der falschen Stelle habe ich plötzlich festgestellt, dass Bewegung im Saale aufkam, und ich würde Sie deshalb bitten, mit unbestimmten Gemütsäußerungen heute etwas vorsichtiger umzugehen, da ich das durchaus mißverstehen könnte.

Ich bin gerne in Erfurt, nicht zuletzt deshalb, weil ich Herrn Dr. Vogel noch aus seiner rheinland-pfälzischen Zeit kenne. Ich war damals Fraktionssekretär meiner Partei - so heißt das bei uns in Luxemburg, hier würde man wohl Parlamentarischer Geschäftsführer sagen - und Herr Dr. Vogel hat uns zu der Zeit als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident in Luxemburg besucht. Ich habe neulich sogar noch ein Buch mit Widmung von ihm in meinem Bücherschrank entdeckt. Herr Dr. Vogel gehört zu jenen deutschen Politikern, die in Luxemburg sehr beliebt sind, nicht nur aus damaliger rheinland-pfälzischer Sicht, sondern auch als Thüringer Ministerpräsident heute.

Vor einigen Jahren, wäre es noch nicht möglich gewesen, morgens so problemlos in Luxemburg ein Flugzeug zu besteigen und dann hier in Erfurt zu landen, ohne dass mich jemand an der Landung gehindert hätte. Jetzt konnte ich durch die Stadt

spazieren und die Menschen kennenlernen - das habe ich sehr genossen, weil das eben vor einigen Jahren noch nicht so einfach war.

Denn durch die Wende in Deutschland, durch den Fall der Mauer, durch alles, was unser Kontinent in den letzten zehn, fünfzehn Jahren erlebt hat, ist die Welt in Europa eigentlich besser geworden. Sei es auch nur, weil man sich heute überall dorthin begeben kann, wo einen der Freiheitsdrang hin treibt. Ich gehöre wohl zu jenen wenigen, die sich auch heute immer noch über die deutsche Wiedervereinigung freuen. Wenn ich in Deutschland bin, habe ich manchmal den Eindruck, daß ich der einzige im Saal bin, der das tut.

Der Umstand, dass die Deutschen wieder zueinanderfanden - dass zusammenkam und zusammenwuchs, was zusammengehörte - hat viel mit Europa zutun. Von Konrad Adenauer stammt der Satz, dass die deutsche Einigung und die europäische Einigung eigentlich nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Wenn es die Einbettung der deutsch-deutschen Wiedervereinigung in den gesamteuropäischen Prozess nicht gegeben hätte, wäre ein so behutsames Zusammenwachsen Deutschlands, wie wir es erlebt haben, nicht möglich gewesen.

Aber, - Europa hin oder Europa her - so ganz von allein ging das auch nicht. Auch hier mussten mutige Männern und Frauen Hand anlegen. Die Wende kam nicht von aussen, die Wende wurde von innen, aus der alten Bundesrepublik, von Menschen, welche nicht zögerten, herbeigeführt. Diese wußten 1989, auf Grund ihrer europäischen Reputation, wieso und weshalb es zu jenem Moment ums konkrete zielorientierte Handeln und nicht ums lange Reden ging.

Ich möchte hier wiederholen - was ich überall in Europa sage - dass Helmut Kohl große Verdienste um die europäische Einigung hat und ebenso große Verdienste um die deutsche Wiedervereinigung. Es stünde uns allen gut zu Gesicht, nicht so zu tun, als ob das nicht so gewesen wäre. Denn ich war dabei, und es war so, und es wurde gut gemacht. Keiner hätte es besser machen können.

Wir reden über vieles, was die Menschen nicht verstehen: über den Maastrichter Vertrag zum Beispiel; Herr Dr. Vogel hat dankenswerterweise darauf hingewiesen,

dass der Euro und ich selbst die einzigen Überlebenden des Maastrichter Vertrages sind. Mir geht es zur Zeit noch besser als dem Euro, aber dem Euro wird es länger gut gehen als mir. Insofern freue ich mich auf das Stück Wegbegleitung, das ich ihm noch schenken darf.

Wir reden über Maastricht, über Amsterdam, über Nizza, über den Post-Nizza-Prozess, über die Erklärung von Laeken und ich habe nicht den Eindruck, dass die Menschen eigentlich sehr genau verstehen, worüber wir reden. Weil wir ja endgültig in der Kürzeldemokratie angekommen sind und manchmal reden auch die Staatslenker in Europa über die Prozesse, die sie selbst gestaltet haben, ohne noch im allerkleinsten Detail zu wissen, was sie eigentlich an Gestaltungsarbeit geleistet haben.

Die Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Mitteleuropa sowie Südosteuropa steht vor der Tür, und es macht schon Sinn, sich mit diesem Gesamtprozess auch in historischer Perspektive zu beschäftigen. Seit 1994/1995 habe ich den Eindruck, dass die Erweiterung der Europäischen Union nach Ostmitteleuropa in den gestandenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eigentlich ein sehr unpopuläres Unterfangen ist. Erst wenn sie erfolgreich bestritten sein wird, wird man sich massiv und in breitester Ökumene zu ihr bekennen.

Es wird der europäischen Erweiterung so gehen wie der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und dem Euro. Ich kenne viele, die heute in höchsten Regierungsämtern sitzen, und die nicht nur Englisch und Französisch reden, die damals diesem Euro-Prozess sehr abwartend gegenüber standen. Wenn die katholische Kirche so viele Spätberufene hätte wie der Euro, dann hätten wir heute keinen Priestermangel. Insofern bin ich überhaupt nicht pessimistisch, wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union geht, weil ich fest davon überzeugt bin, dass in zehn, fünfzehn Jahren alle sagen werden, dass das schon immer so und nicht anders zu vollziehen war. Mir gefällt später Zuspruch besser, als das Nicht-Einsehen von Irrungen und Wirrungen bei der konkreten Gestaltung von Prozessen.

Wenn man Politik macht, Politik für den Kontinent entwirft, dann muss man sich mit einigen Rahmenwerten beschäftigen, welche den Gestaltungsraum ausmachen. Wer an die Erweiterung nach Ost- und Mitteleuropa denkt, sollte nie vergessen, dass Politik auch immer etwas mit Geographie, mit Menschen und mit Wirtschaft zu tun hat. Und erst wenn man diese Eckpunkte europäischen Seins erfaßt hat und sich dann mit der zu erweiternden Europäische Union befasst, kann man ermessen, wie groß der Schwierigkeitsgrad dieses Projektes ist.

Mit der Erweiterung wird das Territorium der Europäischen Union, die europäische Geographie, um 1,1 Millionen Quadratkilometer zunehmen. Mit der Türkei werden es sogar 1,8 Millionen Quadratkilometer sein, so dass sich das Territorium der Europäischen Union, das politische Gebiet „Europäische Union“, um 34 Prozent - beziehungsweise mit der Türkei um 58 Prozent - vergrößern wird.

Da kommen einige Große hinzu: Polen mit über 300.000 Quadratkilometern; Malta hat übrigens 316 Quadratkilometer. Ich nehme in zunehmenden Maße hier maltesische Beispiele in meine Rede auf, weil ich feststelle, dass Luxemburg aufgehört hat, das kleinste Mitgliedsland der Europäischen Union zu sein. Ein Großherzogtum bleiben wir trotzdem, aber dass andere, auch kleinere, sich zu uns gesellen, gefällt mir schon.

Politik hat etwas mit Menschen zu tun und wir werden viele Menschen in das europäische Boot aufnehmen müssen. Nicht weil wir jemanden zwingen, in dieses Boot zu steigen, sondern weil diese Menschen in dieses europäische Boot steigen möchten. Es gibt jetzt in den 15 Staaten der Europäischen Union 376 Millionen Europäer, inklusive 443.212 Luxemburger - Stand gestern Abend Mitternacht -, es werden 106 Millionen mehr werden, wenn zwölf Länder beitreten, so dass wir um 28 Prozent wachsen werden, rein bevölkerungsmäßig betrachtet. Oder um über 40 Prozent, wenn auch die Türkei Mitglied würde. Polen - 39 Millionen, Malta - weniger als Luxemburg, 383.000 Einwohner; es kommen also Große und Kleine in dieses europäische Boot.

Schon die alleinige Betrachtung der Geographie und der Bevölkerung zeigt, dass wir es hier schon mit einem sehr erheblichen Gesamtprozess zu tun haben, der in

seiner Problemdichte noch deutlicher wird, wenn man ihn um das Wirtschaftliche ergänzt. Das europäische Bruttosozialprodukt was heute 8,5 Milliarden Euro beträgt, wird sich durch die Erweiterung jedoch nur um insgesamt 350 Millionen Euro erweitern, beziehungsweise um 4,5 Prozent. Wenn man sich das vor Augen hält - ein Anstieg der Bevölkerung von 21 Prozent, ein Vergrößerung des Territoriums um 34 Prozent, aber eine Steigerung des Bruttosozialprodukt um nur 4,5 Prozent oder 6,6 Prozent, wenn ich die Türkei mit ins Blickfeld nehme -, merkt man schon, wo mögliche Probleme auf uns zukommen können.

Und wenn man das Bruttosozialprodukt pro Kopf berechnet, dann stellt man sehr schnell fest, dass das Einkommensgefälle und das Bruttosozialproduktgefälle (an sich) in der sich langsam heranbildenden Europäischen Union erheblich sind. Bulgarien beispielsweise erreicht 24 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Europäischen Union. Zypern allerdings schon wiederum 82 Prozent, was zeigt, dass sich auch bei den neu hinzutretenden Bewerberländern die ökonomischen Grundstrukturen und das Einkommensverhältnis sehr verschiedenartig gestalten.

Man muss allerdings auch in Betracht ziehen, dass die Bewerberstaaten oder die Kandidatenländer - beide Ausdrücke mag ich nicht so sehr, einen besseren Ausdruck habe ich leider bisher noch nicht gefunden - in den letzten Jahren ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben, das deutlich höher ist als das, der Länder der Europäischen Union. Und im Übrigen hat sich das immer sehr vorteilhaft auf unsere Volkswirtschaft in der bisher bestehenden Europäischen Union ausgewirkt. So wurde im letzten Jahr 2001 aus Deutschland mehr nach Ostmitteleuropa exportiert als von Deutschland nach Frankreich oder von Deutschland in die Vereinigten Staaten. Das zeigt wiederum, dass hier auch ein wirtschaftlicher Hinterhof, diesmal aber im noblen Sinne des Wortes, entsteht, den man schon im Blick haben muss, wenn man über die Problemdichte - die ich vorhin angesprochen habe - redet.

Nun gibt es viele, die daran zweifeln, ob es die Europäische Union in ihrer jetzigen Form schaffen wird, diese zwölf Mitgliedstaaten in ihren Kreis aufzunehmen. Ich bin absolut davon überzeugt, dass wir nicht scheitern werden.

Wenn eine Europäische Union, wie die unsere, es geschafft hat, entgegen allen Erwartungen, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion hinzukriegen, was ja viele heute führenden Politiker in der Bundesrepublik der EU nicht zugetraut haben und was von einem überaus großen Teil der deutschen Professorenschaft heute immer noch als eine Fehlnachricht begriffen wird, dann wird auch die Erweiterung der Europäischen Union, zu schaffen sein.

Als wir den Maastrichter Vertrag abschlossen, haben wir uns, im Hinblick übrigens einer zukünftig notwendigen Erweiterung der Union, klare Kriterien an die Hand gegeben. Und es hat lange gedauert, bevor diese Maastrichter Konvergenzkriterien von einer genügend großen Zahl von Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfüllt wurden.

Herr Ministerpräsident Vogel hat darauf aufmerksam gemacht, dass Luxemburg 1994 das einzige Land war, das den Konvergenzkriterien entsprochen hat. Wir haben uns damals ängstlich gefragt, wie wir das wohl mit diesem Euro hinkriegen könnten, wenn wir die Einzigen wären, die ihn einführten? Das wäre insofern schwierig gewesen, weil damals in Luxemburg ja der belgisch-luxemburgische Franken im Umlauf war und wir keine eigene luxemburgische Währung hatten. Laut Vertrag wären wir eigentlich gezwungen gewesen, zuerst eine luxemburgische Währung einzuführen und die dann in den Euro-Raum einzubringen, indem sich aber sonst niemand befunden hätte als die Luxemburger. Insofern war die Europerspektive für die Luxemburger zuerst mit größerer Ängstlichkeit und schwitzigeren Händen verbunden, als das sonst wo der Fall war. Dann wäre auch ein Luxemburger Präsident der Europäischen Zentralbank geworden und es hätte einen luxemburgischen „Mister Euro“ gegeben und das wäre des Guten dann wohl zu viel gewesen.

Wenn man sich also die Problemlage ansieht, muss man wissen, daß das nicht einfach sein wird. Und das wird man auch nicht nur mit engmaschigen Prinzipien gestalten können. Und man wird das auch nicht mit kleinem Herzen und kurzem Blick tun können. Ich wundere mich immer, was alles an Argumenten vorgebracht wird, um zu zeigen, dass die Erweiterung nach Ostmitteleuropa fast nicht machbar

ist. Es wird davon geredet, was das alles kosten wird. Selbstverständlich wird uns das etwas kosten.

Es war doch so, dass wir - da war ich auch dabei, bei dieser Truppe - jeden Sonntagmorgen irgendwo in unseren Reden nach Osteuropa rüber riefen: „Leute, wir warten auf euch, es reicht, dass ihr die Kommunisten verjagt und dann seid ihr jederzeit willkommen.“ Die haben das ernst genommen, und jetzt sind die da und klopfen an unsere Tür, und dann geht es nicht darum, noch einmal Passierscheine einzuklagen und einzuführen. Die dürfen rein, die haben ein Recht darauf, es ist nicht unser Verdienst - ich rede jetzt nicht von den neuen Bundesländern, sondern von den alten EU-Staaten -, dass wir seit dem Zweiten Weltkrieg auf der Sonnenseite des Kontinents aufgewachsen sind. Es ist nicht unser Verdienst, und es ist nicht die Schuld vieler Menschen in Mitteleuropa und in Osteuropa, dass sie sich auf der Schattenseite des Kontinents haben bewegen müssen.

Insofern ist das eine Frage der kontinentalen Solidarität, dass wir diese Erweiterung, wenn auch nicht im Galopp, so doch aber zügig, durchführen und zusammen mit den jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa gestalten müssen. Und, dass es vorübergehend - so wie das auch im Falle Spanien, Portugal und Irland der Fall war - zu Transferleistungen kommen wird, ist eine ausgemachte Sache. Aber ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass die deutsche Exportindustrie im vergangenen Jahr die osteuropäischen Märkte stärker bedient hat als die amerikanischen oder die französischen Märkte. Insofern muss man wissen, daß, selbst aus egoistischer Betrachtungsweise heraus, dies kein verlorenes Geld ist, wenn man sich dann nach Heller und Pfennig - sofern dieser Ausdruck noch erlaubt ist - dieser Materie nähert.

Dass sich die Menschen in Ost- und Mitteleuropa vorbereiten müssen, ist klar. Dass aber auch wir uns vorbereiten müssen, ist auch klar. Aber dass wir uns jetzt den doch reicheren und verwöhnteren Teil Europas mit den jungen Demokratien und den aufstrebenden Volkswirtschaften in Ostmitteleuropa teilen müssen, halte ich nicht für etwas, was man uns im Westen Europas nicht zumuten könnte. Insofern muss man noch einmal das Prinzip der inneren Solidarität der Europäischen Union bemühen, um deutlich zu machen, dass die Erweiterung nach Ostmitteleuropa ein

vitaler kontinentaler Vorgang ist, zu dem es keine Alternative gibt, und dass wir unterwegs auch nicht müde werden dürfen, wenn uns der Wind ab einem bestimmten Zeitpunkt etwas stärker ins Gesicht wehen wird, als es in diesem und vergangenen Jahren der Fall war.

Nun wird man in Deutschland, in Luxemburg, und sonst wo wieder die irrsinnige Debatte bemühen: Netto zahlen, und wir zahlen für den Rest der Welt. So kann man jedoch nicht rechnen. Die Europäische Union und der Frieden auf unserem Kontinent sind mehr als zwei Haushaltstabellen. Wie viel kostet denn eine Stunde Frieden? Und was kostet eine Stunde Krieg? Wer mir das in irgendwelchen Bundesfinanzministerien oder sonst wo berechnen kann, der soll die Rechnung machen, und dann wird er feststellen, daß man so nicht rechnen kann, wenn es um Menschen geht und wenn es um einen komplizierten Kontinent wie den europäischen geht. Insofern hat niemand von uns das Recht, mit der engherzigen Messlatte des Portemonnaies an die Frage der Erweiterung an Ostmitteleuropa heranzugehen. Nun bin ich überhaupt nicht dafür, das Geld, das hart verdiente, unnötigerweise unter die Leute zu bringen. Aber dass wir bereit sind, mit den Menschen in Budapest und in Warschau zu teilen - das sind europäische Städte wie Paris oder Rom auch -, das darf in unserem Kreise nicht umstritten sein.

Viele fragen sich, ob diese Europäische Union, die sich mit sechs Mitgliedstaaten in den fünfziger Jahren auf den Weg gemacht hat und dann im nächsten Jahrzehnt 27 Mitgliedstaaten zählen wird, überhaupt so weiterfunktionieren kann, und dass dabei in Zukunft noch etwas Starkes zusammenwachsen kann? Die Frage halte ich für sehr berechtigt.

Ich habe mir eigentlich vorgenommen nie mehr über europäische institutionelle Reformen zu reden, weil das eigentliche Problem nicht die Institutionen sind - Herr Vogel hat das dankenswerterweise, mich zitierend, vorgetragen - sondern der politische Inhalt und der politische Wille. Ich muss das Thema jedoch einmal mehr hier anschneiden.

Der Vertrag von Nizza gibt nicht alle institutionellen Antworten, die er geben müsste. Aber er hat die Europäische Union erweiterungsreif, erweiterungsbereit gemacht.

Irgendwie sind die Institutionen so zurecht geschneidert worden, dass wir über eine gewisse Zeit mit diesem institutionellen Kostüm über die Distanz kommen. Aber dass wir da einiges an Nachbesserungsbedarf auf dem Tisch liegen haben, das stimmt wohl. Wobei ich sehr dankbar dafür wäre, wenn man die alten Debatten, die fast zum Scheitern des Nizza-Vertrages geführt haben, jetzt nicht wieder neu beleben würde. Sondern wenn wir uns mit den echten Kompetenzfragen in Europa beschäftigen.

Ich lese jetzt vor allem auch in französisch-sprachigen Medien: „Jetzt haben wir die Kleinen da in Nizza nicht so richtig auf den Kopf hauen können, aber jetzt machen wir ja noch eine Regierungskonferenz, und jetzt versuchen wir das noch einmal.“ Das wird schief gehen. Ich sage das noch einmal: Ich bin Spezialist für kleine Länder und deren Widerstandsfähigkeit, und ich weiß, wer jetzt diese unselige Debatte - ob die großen Länder eigentlich genügend Zuständigkeiten und Mitspracherecht hätten und die kleinen nicht vielleicht ein bisschen zu sehr im Meer ihrer neu erworbenen europäischen Rechte schwimmen - wieder los tritt, der wird noch einmal scheitern.

Schon Churchill hat in seiner Zürcher Rede von 1946 gesagt „Europa wird nur etwas, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind“. Die erste Bedingung ist die deutsch-französische Freundschaft. Den Franzosen hat er das so erklärt, dass dies die einzige Möglichkeit wäre, um die moralische Leadership Frankreichs in Europa zu gewährleisten, und den Deutschen hat er erklärt, dass die Bedingung wäre, diese Leadership zu akzeptieren.

Die zweite Vorbedingung Churchills war die, dass kleine und große Staaten gleichberechtigt in dieser Europäischen Union zusammenarbeiten müssten. Nun sollen diese nicht in vollem Umfang gleichberechtigt sein, was ich auch richtig finde, da man der Demokratie Rechnung tragen muss. Es gibt 80 Millionen Deutsche und 431.000 Luxemburger: dass Deutschland eine höhere Stimmenzahl hat als Luxemburg – damit kann ich leben. Vor Nizza hatte Luxemburg zwei und Deutschland zehn. Wenn die Deutschen gewusst hätten, dass die nur fünf Mal mehr auf das Parkett bringen als Luxemburg, dann wären die sehr unzufrieden gewesen, und wenn die Luxemburger gewusst hätten, dass die nur fünf Mal weniger hatten als die Deutschen, dann hätten wir das nie ändern dürfen. Deshalb haben wir das regelmäßig verschwiegen, dass das die Abstimmungsgeometrie war. Jetzt hat Deutschland 29 und Luxemburg vier, Malta drei. Der Bevölkerungsunterschied

zwischen Luxemburg und Malta ist doch erheblich. Wenn der Bevölkerungsunterschied zwischen Deutschland und Luxemburg berücksichtigt wird, muss doch auch der zwischen Luxemburg und Malta berücksichtigt werden.

Wie kompliziert Europa ist, und wie sehr es auf ein feines Gespür für das Gesamtgleichgewicht ankommt, erkennt man auch daran, dass die Niederlande, Belgien und Luxemburg zusammen – Benelux-Staaten nennt man die drei, und ohne uns wäre es nur BeNe, insofern spielen wir da eine Rolle – auch 29 Stimmen haben. Niederlande 13, Belgien zwölf und Luxemburg – im Gegensatz zu Malta – vier, ergibt 29. Das sind aber 16 Millionen Menschen. 16 Millionen Benelux-Einwohner haben also so viel Stimmen wie 80 Millionen Deutsche. Es ist kein Zufall, dass die Dinge so gestrickt werden. Wer Europa nur zu einer Sache des Verstandes, der Rechnerei und des Rechenschiebers und Zirkels erklärt, der hat Wesentliches an Europa nicht begriffen. Und weil das in Nizza so viel Zeit gekostet hat, um die Niederlande, Belgien und Luxemburg auf deutsche Verhältnisse hochzuziehen, wird man das selbstverständlich 2004 nicht ändern können.

Die Großen wissen, dass sie mit den Kleinen auskommen müssen und die Kleinen akzeptieren auch, dass in bestimmten Sachfragen große Flächenstaaten, bevölkerungsreiche Flächenstaaten Interessen zu vertreten haben, die auch durch ihr Gewicht in der Welt völlig anders determiniert werden, als die Interessenlage für kleine Länder bedingt. Und kleine Länder müssen souverän mit diesen Fragen umgehen. Wenn Deutsche und Franzosen sich vor einem Gipfel einigen, dann schreien viele Kleine herum und sagen: „Unerhört, Diktat der Großen“. Wenn die sich bis zu Gipfelbeginn streiten, sagen wir „Unerhört, das kann nie was werden mit Europa, Deutsche und Franzosen verstehen sich ja nie, die können ja nicht miteinander.“ Insofern muss jeder an der Stelle, wo Not am Mann ist, eine Hand mit anlegen, damit aus dem Ganzen etwas werden wird. Große wissen, dass sie Kleine brauchen und umgekehrt auch. Ich sage immer wieder: Ein Floh kann einen Löwen zum Wahnsinn treiben. Das wissen die großen Löwen auch. Und die kleinen Flöhe die sind auch

Band zu Ende

... politischen Raum vermittelt werden, dürfte sie für die Frage groß oder klein kein unüberwindbares Hindernis mehr stellen.

Wer soll was machen in dieser Europäischen Union? Und wie müssen wir die Kompetenzordnung so regeln, dass Europa transparent und durchschaubarer, übersichtlicher, verständlicher, lesbarer für die Menschen in Europa wirkt? Das ist die eigentliche Frage, und die Vorstellung, Europa müsse alles tun und die Nationalstaaten dürften sich nur noch in der Besenkammer der Restbestände herumtreiben, ist eine Vorstellung, die ich überhaupt nicht teile. Wer denkt, wir würden irgendwann die Vereinigten Staaten von Europa kriegen, der irrt sich. Das werden die Menschen nicht wollen und es ist im Übrigen auch nicht wünschenswert, weil die Menschen den direkten Bezugsraum brauchen, um sich wohl fühlen zu können.

Sowohl bei der Gestaltung kollektiver Lebensverhältnisse als auch bei der Ausrichtung individueller Lebensverhältnisse. Die Thüringer und die Bayern werden Thüringer und Bayern und Deutsche bleiben und trotzdem gute Europäer sein, und niemand wird von den Luxemburgern, von den wenigen Prachtexemplaren, die es davon gibt, verlangen können, dass sie aufhören, Luxemburger zu sein, um Europäer zu sein. Nein, wir sind beides Thüringer, Deutsche und Europäer, Luxemburger und Europäer. Zum modernen Patriotismus gehört diese doppelte Dimension des Sich-Bekennens zu seinem Land und des sich Wohl-aufgehoben-Fühlens in Europa. Und wer den Patriotismus in sein eigentliches Gegenteil verkehrt und wieder zum stupiden, wilden, den anderen ablehnenden Nationalismus macht, der wird die europäische Geschichte wieder dort hin befördern, wo wir sie mit Mühe und Not weg gezerrt haben, um aus unserem Kontinent einen Kontinent des Friedens zu machen.

Ergo: Nationalstaaten werden nicht verschwinden. Aber die Europäische Union wird in ihren zentralen Zuständigkeiten wachsen müssen. Wir werden eine geteilte Staatlichkeit zwischen der Europäischen Union und den Nationalstaaten haben, und in den europäischen Kompetenzkern müssen wir die Politikfelder übertragen, von denen wir sehr genau wissen, dass sie die Nationalstaaten – wollten sie sie allein gestalten – massiv überfordern.

In Sachen Währung haben wir das gemacht. Die europäische Währungspolitik hat die nationalen Währungspolitiken ersetzt. Mancher Bundesbanker wird sich zwar im Grabe umdrehen, dass die deutsche Bundesbank in Frankfurt nicht mehr die Zuständigkeit hat, die sie früher hatte, dass sie auf die Europäische Zentralbank übertragen wurde, aber die europäische Geldpolitik ist eine europäische, im nationalökonomischen Sinne des Wortes, die wird so gemacht, als wäre sie nur für einen Staat entworfen.

Und wir müssen also auch hinkriegen, dass dieses wirtschaftliche Europa, dieses währungspolitisch gefestigte und fest zusammengefügte Europa auch nach außen hin mit einer Stimme auftritt. Europa muss sich, währungspolitisch betrachtet, in der Welt mit einer Stimme präsentieren, und das werden wir auch tun müssen. Und was wir jetzt in Sachen Währung hingekriegt haben, wird morgen und übermorgen in Sachen gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und gemeinsame Verteidigungspolitik zu leisten sein.

Die ganze Welt blickt auf Europa. Je weiter man von Europa entfernt ist, um so schöner ist auch Europa. Europa ist für mich nie schöner als in Asien, weil alle asiatischen oder afrikanischen Gesprächspartner voll Bewunderung über dieses gelungene europäische Werk reden. Erst wenn man wieder hier ist, merkt man ja, dass das Ganze nichts taugt. Aber wenn man auf anderen Kontinenten ist, da nimmt man es doch dankbar zur Kenntnis, dass alle anderen denken, das wäre gut gemacht, so wie wir das gemacht haben.

Und weil es diese Nachfrage nach Europa in der Welt gibt, weil alle, die nicht miteinander können, weil alle, die in Konflikten stecken, weil alle, die an Hunger und Armut elendig zu Grunde gehen, auf Europa blicken und europäische Antworten einfordern, europäische Antworten nicht nur für uns selbst, sondern europäische Antworten für die Welt, werden wir auch in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemeinsame Wege gehen müssen. Die europäische Außenpolitik wird eines Tages so vergemeinschaftet werden müssen, wie wir dies in anderen Politikfeldern und wie wir dies in Sachen Währung gemacht haben. Dies geht nicht von heute auf morgen. Es wird morgen nicht so sein, dass in der Kommission ein Vizepräsident für die Entwürfe, die europäische Außen- und Sicherheitspolitik

betreffend, zuständig sein wird und der Außenminister mit Mehrheit über die einzuschlagende außenpolitische Richtung befinden wird. Aber eines Tages wird es so sein, weil es keinen anderen Weg geben wird als den durchorganisierten gemeinsamen Weg in Richtung mehr Europa und stärker Verantwortung in der Welt übernehmen, als dies heute der Fall ist.

Alle britischen Premierminister, alle französischen Präsidenten werden derartige Gedanken weit von sich weisen, aber die Nachfolger – deren Enkel – werden dies in die Tat umsetzen, weil nationale Sonderwege in Europa nicht zielorientiert zu Ende gegangen werden können und weil es im Endeffekt niemanden mehr in der Welt interessiert, wie denn die nur deutsche Position oder die nur französische oder nur britische ist, sondern die Menschen werden fragen: „Was denkt ihr in Europa darüber?“ Es wird für eine gewisse Zeit lang viel interkul....(?) in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, auch der Verteidigungspolitik bleiben, aber auf Dauer wird sich dieser gesamte Politikbereich vergemeinschaften.

Ich äußere mich zu strategischen Fragen, die die Welt in ihrer Gänze berühren, selten. Weil ich die Erfahrung gemacht habe: Wenn sich der luxemburgische Premierminister zu militärstrategischen Fragen äußert, führt das im Regelfall nicht dazu, dass man in Washington oder in Moskau oder in Peking den Atem anhält. Obwohl Herr Bush ohne Einwirken meinerseits einen kurzen Moment gestern aufgehört hat. Ich bin am 11. Februar bei ihm, er wird den Besuch wohl vorbereitet haben, deshalb hat er sich verschluckt.

Aber ich weiß auch von meinen Reisen nach Washington, Peking und Moskau, dass man auch nicht aufhört zu atmen, wenn ein anderes europäisches Land sich zu diesen Fragen so äußert, dass sofort der Eindruck entsteht, es spräche nur für sich selbst und nicht für die gesamte Europäische Union. Es ist in Moskau immer noch interessanter zu hören, was der deutsche Bundeskanzler sagt, als dem zuzuhören, was der luxemburgische Premierminister sagt. Aber an dem Tag, an dem der luxemburgische Premierminister als Präsident des Rates der Europäischen Union amtierend sagt, was Europa denkt, und der Bundeskanzler wird etwas anderes sagen, was dem natürlich nie einfiel, dann wird das, was der Vorsitzende der Europäischen Union sagt, in Moskau auf breiteres Gehör stoßen als das, was,

abweichend von der europäischen Linie, aus Berlin oder sonst wo her geäußert wird. Insofern muss man das sehen.

Und man muss auch spüren, dass es andere Politikfelder gibt, auf denen wir mehr Europa brauchen. Der Kampf gegen das internationale Verbrechen, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Beseitigung dieses latenten Unsicherheitsgefühls in unseren Gesellschaften, in unseren Städten und Dörfern ist nicht nur eine Nationalaufgabe, es ist vor allem eine europäische Aufgabe. Die Gangster und Banditen sind ja wunderbar funktionierende Europäer geworden. Die hatten die Grenzen schon abgeschafft, bevor wir uns überhaupt an das Einreißen der letzten Grenzpfähle machten.

Wir brauchen eine europäische Bundespolizei, um den europaweit wirkenden europäischen Großverbrechern auf die Spur zu kommen und um diese Verbrecher dingfest zu machen. Das heißt nicht, dass die nationale Polizei abgeschafft wird, das heißt nicht, dass nationale Armeen abgeschafft werden. Aber überall dort, wo sich Staatsmacht entfaltet, braucht sie auch einen europäischen Teil, um das staatenübergreifend Notwendige machen zu können. Wir überzeugen die Menschen in Europa nicht damit, dass wir denen erklären: Luxemburg braucht jetzt vier Stimmen und Malte drei – ich kann es immer noch nicht fassen, dass wir nicht mehr der Kleinste in Europa sind –, und die haben 29 und die sechs. Das ist den Menschen letztendlich egal. Die hätten gerne, dass die Politik in Europa das leistet, worauf sie Anspruch haben.

Und deshalb: Bevor wir uns intensiv mit institutionellen Fragen beschäftigen, müssen wir uns klar werden, dass es einige Bereiche gibt, wo wir mehr tun müssen. Dort, wo wir uns einig sind, dass die Europäische Union handeln wird, müssen wir auch wissen, in welche Richtung wir uns auf diesen Politikfeldern bewegen. Einige der Kompetenzen, die die Nationalstaaten haben, müssen auf die europäische Ebene wechseln. Nicht sehr viel. Polizei beispielsweise. Nicht exklusiv, aber Teile davon.

Und Einiges, was in Brüssel gemacht wird, muss von Brüssel zurück in die Nationalstaaten befördert werden. Ich nehme überhaupt nicht an dieser gängigen Kritik an der Europäischen Kommission teil. Man tut immer so, als ob die irrsinnig

gefährlich werden. Das sind überhaupt nicht viele, es gibt in Brüssel 20.000 Beamte der Kommission. Das sind etwas weniger als in der Stadt Köln. Ich habe noch nie gehört, dass die Kölner mit ihrem Beamtenapparat halb Europa niederwalzen würden. Insofern sollte man auch nicht denken, dass die Europäische Kommission das tun würde. Es ist eine effiziente Truppe im Regelfall, aber manchmal eben zu effizient. Dann wird das langsam ein Akzeptanzproblem nationaler und europäischer Politik.

Ich gebe einmal ein Beispiel: Ich war lange Jahre Arbeitsminister, bin das auch gerne gewesen, weil, dort man dort mit Menschen zu tun hat und nicht mit Zahlen. Aber Finanzminister bin ich trotzdem geblieben. An einem Freitagmorgen beschließen wir im Kabinett: Im hohen Norden Luxemburgs gibt es nicht mehr genügend Bäckereien. Da müssen wir etwas tun, um junge Bäckerlehrlinge in den Norden des Landes zu bringen, damit die, wenn es dann soweit ist, eine Bäckerei in diesem kleinen luxemburgischen, ganzjährig verschneiten Dörfchen eröffnen. Damit die Bäcker das auch tun, bezuschussen wir das dann, damit wir junge Menschen aus dem tiefen Süden Luxemburgs in den hohen Norden Luxemburgs bringen können, damit da eifrig Brötchen gebacken werden. Da sagen viele, ja ist gut. Dann kommt ein Brüsseler Bürokrat vorbei und sagt, das geht nicht. Das verstößt gegen europäisches Wettbewerbsrecht. Ihr dürft in Luxemburg nicht die Bäckerlehrlingsausbildung im Norden Luxemburgs bezuschussen, weil das die Sizilianer und die Griechen auch nicht machen. Da muss ich dann in den hohen Norden fahren und in meiner Versammlung sagen: „Leute das wollten wir machen, können wir aber nicht machen, weil die sind in Brüssel dagegen.“ Dann sagen die: „Wieso, du bist doch die ganze Woche in Brüssel, was machst du denn da?“ Es glaubt kein Mensch, dass in Brüssel jemand verbieten kann, dass im Norden Luxemburgs billige und gute Brötchen gebacken werden. Und in Brüssel glaubt niemand, dass in Sizilien genauso viele Brötchen gebacken werden, mit oder ohne Unterstützung der Nordausbildung luxemburgischer Bäckerlehrlinge.

Derartige Dummheiten müssen weg. Die Nationalstaaten, Länder müssen wieder zuständig werden für die sich ihrer Gestaltung anbietenden Politikbereiche. Das sage ich ausdrücklich auch im Zusammenhang mit der Gestaltung der Kulissenlandschaft,

was europäische Strukturförderungspolitik anbelangt. Ich bin für europäisches Rahmenwerk, bin aber sehr dagegen, dass es nur europäisches Rahmenwerk ist.

Wir plagen uns alle, ich weiß nicht, ob das hier auch so ist, Herr Dr. Vogel, mit der Habitat-Richtlinie.

Das entdecken die nationalen Regierungen auch, nachdem das in Brüssel beschlossen ist, es wird aber von den nationalen Regierungen beschlossen ist und nicht von irgendwelchen anderen. Nein, das waren die europäischen nationalen Umweltminister, die das verbrochen haben. Auch meiner war dabei federführend. Dann machen wir das, und er sagt jedem: Also Luxemburg, Sie wissen ja, wie groß Luxemburg ist, das kann man nicht unterregionalisieren, das machen die in Brüssel dauernd, das geht aber nicht.

Also 30 Prozent Luxemburgs sind Naturschutzgebiet. Man muss festlegen: Wo sind diese 30 Prozent? Erstmal machen wir 18 Prozent, das reicht auch. Dann, nein, dass müssen 24,8 sein – machen wir 24,5. Kompromiss, okay. Aber dann tauchen Heerscharen von den vogelkundigen Menschen auf und erklären uns, wie Meise und Dompfaff in Luxemburg brüten und überwintern müssen, und was wir da alles an Schrecklichem tun – also wir entdecken Vogelarten, von denen wir überhaupt nicht wussten, dass es sie in Luxemburg gibt.

Wenn wir den Menschen dann erklären, auch damit haben wir nichts zu tun, glauben das die Menschen nicht. Deshalb müssen diese Dinge wieder fest in kommunale und regionale und nationale Hände. Rahmenwerk Europa – ja, aber Umsetzung mit gesundem Menschenverstand, der ja keine europäische Einrichtung ist. Das ist die Institution, die man in Europa einführen müsste – den gesunden Menschenverstand. Der setzt sich nicht leicht durch, er ist sehr unterschiedlich verteilt. Man muss ihn also in geballter Form nach Brüssel bringen.

Also, die Probleme müssen wir regeln. Wobei ich nicht der Auffassung bin, dass man das tun sollte, was einige in Deutschland vorhaben, nämlich einen strikten Kompetenzkatalog aufzustellen. Das mag deutschem Ordnungssinn entsprechen und mag auch deutsche Ordnungspolitiker in höchste Wallung bringen, das wäre

aber ein uneuropäischer Ansatz. Wir brauchen auch die Möglichkeit, morgen und übermorgen etwas zu tun, von dem wir nicht gedacht hätten, dass wir es jemals tun müssten. Wer vor 30 Jahren gesagt hätte, Europa muss gegen den Terrorismus in der Welt ankämpfen, wäre ausgelacht worden. Wenn die Gründungsväter der Europäischen Union in den 50er Jahren alles zugeschlossen hätten an Türen, die wir jetzt aufstoßen mussten, um in Europa überhaupt Luft zu kriegen, dann wäre aus Europa nie das geworden, was es heute bei aller Mickrigkeit, die Europa auch noch auszeichnet, geworden ist.

Deshalb müssen wir den Schlussartikel des Vertrages – 308 oder 235 war das früher, vor Maastricht – am Leben erhalten. Der sagt, dass die Staaten einstimmig beschließen können, sich einer bestimmten Politikdomäne anzunehmen. Sonst wird aus dem Europa, dort wo Notwendigkeiten mehr Europa einfordern, nie eine kräftige politische kontinentale Gestalt werden. Wir müssen bei dieser Umgestaltung Europas, bei dieser Neueinrichtung Europas vor allem darauf achten, dass wir nicht alles abreißen, was in der Vergangenheit gut funktioniert hat. Das wäre ein großer Fehler. Und wir müssen darauf achten, dass wir bei aller Notwendigkeit der Erweiterung – ich habe nicht eine Sekunde Zweifel daran, dass dies aus Friedenserhaltungsgründen gemacht werden muss –, dass wir auch die notwendige Vertiefung der europäischen Union schaffen, weiterführen, integrationspolitische Schritte mit Bedacht und Behutsamkeit setzen.

Wenn jetzt von einigen Eilfertigen, nicht Geschichtskundigen, die Parole herumgereicht wird „Europa ist vor allem Wirtschaft“, dann sage ich: Europa ist auch Wirtschaft, aber es ist nicht nur Wirtschaft. Wirtschaft ist ein Mittel zum Zweck, ist nicht ein Zweck an sich. Deshalb muss das Wirtschaftliche auch um das Soziale ergänzt werden. Man kann Europa nicht gegen den Willen der Arbeitnehmerschaft gestalten. Jeder Arbeitsromantik gehe ich aus dem Weg, obwohl mein Vater Stahlarbeiter war und mich hier verhauen würde, wenn ich derartiges in luxemburgischer Sprache, nicht allzu weit von ihm entfernt, behaupten würde. Aber dieses Gefühl, das viele Menschen haben, breite Bevölkerungskreise haben, „die machen alles Mögliche, nur nicht das, was mit unserem Leben zu tun hat“, dieses Gefühl muss man wegstreifen. Da gehört das soziale Europa hinzu.

Wir brauchen auch in Sachen Sozialeuropa Mindestvorschriften, an die alle sich halten müssen, damit auch die soziale Farbe auf die europäische Fahne gehört. Die konkreten Lebensumstände der Menschen – das hat etwas mit Europa zu tun. Und wer jetzt sagt, eine Freihandelszone würde eigentlich reichen, und bei 27 wird das auch eine Freihandelszone werden, der versündigt sie an der europäischen Zukunft. Eine gehobene Freihandelszone ist ein zu simples Konzept für diesen komplizierten Kontinent.

Diese europäische Frage, die Frage zwischen Krieg und Frieden, die sehe ich in keiner absoluten Weise beantwortet. Wo steht denn geschrieben, dass die alten Dämonen unsere Berge und Täler in Europa verlassen hätten? Die schlafen nur. Wenn jemand kommt, der sie an der richtigen Stelle antippt, dann werden die sehr schnell wieder wach. Und dann reicht es nicht, einen Euro zu haben, so wichtig das auch ist; dann reicht es nicht, eine bestimmte Anzahl von Stimmen im Europäischen Ministerrat zu haben; dann reicht es nicht, einen Kommissar oder keinen Kommissar in Brüssel zu haben; dann reicht es nicht an Europapolitik so und besser zu machen, dann geht es darum, dass wir den Menschen deutlich machen, dass, wenn wir den Frieden in Europa erhalten möchten – darum geht es in letzter Instanz bei allem politischen Tun auf unserem Kontinent –, dass wir uns dann anstrengen müssen.

Ich danke für die Geduld!
